

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel

Rede zur Lage der Nation, 15. Mai 2006

EU-Präsidentschaft macht stolz und nachdenklich

Liebe Freunde, ich glaube, dass wir uns nun zum zehnten Mal in diesem Format treffen, früher im Redoutensaal in der Hofburg, der jetzt gerade das Tagungszentrum der Österreichischen Eu-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr geworden ist, jetzt abweichend hier im Konzerthaus.

Es ist immer ganz gut, wenn man bei einem solchen Anlass den Blick über den Tellerrand hebt und fragt: Wo stehen wir eigentlich in Österreich im 21. Jahrhundert, in diesem europäischen und jetzt sogar globalen Kontext? Und wenige Stunden nach dem Gipfel Europas mit den lateinamerikanischen und karibischen Staaten muss ich sagen: Ich bin stolz und nachdenklich zugleich. Es macht stolz, wenn 60 Nationen nach Österreich kommen, diesen Platz der Begegnung schätzen und eigentlich sehr zufrieden wieder nach Hause fahren. Es macht stolz, dass Österreich einige Tage im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden ist, dass wir verbinden konnten, dass wir versucht haben, ein Zusammensetzen zu erreichen und dass wir einander zugehört haben, auch die Lateinamerikaner sich selbst und wir ihnen. Auch das Resümee, das vorgestern am Abend Bundespräsident Fischer gegeben hat, dem ich nur voll zustimmen kann: Wir haben in wenigen Tagen über unsere Freunde, unsere Partner in Lateinamerika und der Karibik mehr gelernt als vielleicht in so manchem Seminar über Lateinamerika. Und es wird wohl auch umgekehrt genauso gewesen sein.

Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, starke Partner zu finden. Denn auf dieser Welt braucht auch Europa mit seinen fast 500 Millionen Menschen einen Partner. Und auch Lateinamerika mit ebenso ungefähr einer halben Milliarde Menschen, ist ein natürlicher Partner aufgrund der Geschichte, aufgrund der Wertvorstellungen, aufgrund vieler gemeinsamer Zielsetzungen etwa im Uno-Kontext. Daher bin ich stolz, dass der Gipfel stattgefunden hat und es auch gut über die Bühne gegangen ist und dass wir auch einige substantielle Versprechungen machen konnten. Wenn etwa Christoph Leitl, als der Sprecher der europäischen Wirtschaft, mit seinem südamerikanischen Gegenüber, dem Chef des mexikanischen Bierkonzerns „Corona“ erklärt hat, „wir wollen den Handel und die Investitionen in den kommenden fünf Jahren verdoppeln“, dann bedeutet das etwas ganz Konkretes für die Arbeitsplätze, für die Perspektive der Jungen, für die Lebensperspektive in einer Weltgegend, die nicht von überschäumenden Wohlstand gekennzeichnet ist. Ganz im Gegenteil: wenige besitzen viel und viele haben dort recht wenig. Das war ein entscheidender Beitrag zur sozialen Kohärenz, die ja in dieser Tagung ein unerhört wichtiges Thema gewesen ist. Auf diese Tagung, auf die Inhalte, den Weg und die Art und Weise wie wir das diskutiert haben, kann Österreich, können wir, stolz sein.

Zugleich will ich aber auch zugeben, dass ich sehr nachdenklich bin. Wie kommt es eigentlich, dass Demokratien in der heutigen Zeit so schwer erklärbar sind? Wie kommt es, dass große, starke und traditionsreiche Demokratien irrsinnige Schwierigkeiten nach Innen und manchmal auch mit dem Nachbar haben? Das fängt beim Zählen an, wenn man nur zurückdenkt an Wahlergebnisse von Amerika vor einiger Zeit bis Italien heute. Das ist schwer zu erklären. Wenn man sieht, welche inneren Polarisierungen in großen europäischen Demokratien da sind. Spannungen nach Innen, die fast ans Zerreißen

gehen. Wenn man sieht, wie es in den starken europäischen Demokratien rassistische Übergriffe, Morde und Bluttaten gibt, viel unaufgearbeitete Spannung, Leid und Brutalität, dann macht das nachdenklich. Und wenn man sieht, dass heute populistische Verführer auftreten, die bejubelt werden, auch hier in Europa, die mit ganz einfachen Rezepten auftreten, die geschichtlich, das weiß jeder, der sich ein bisschen mit der Realität des Lebens beschäftigt, längst überprüft sind, dass sie nichts zum Wohlstand der Völker, zum Frieden in der Welt oder zur sozialen Kohärenz beitragen können, macht das nachdenklich. Und warum gelingt es so schwer, das in der Praxis und in der Theorie bewährte Modell der ökosozialen Marktwirtschaft so schwer zu exportieren, ja überhaupt zu erklären?

Globalisierung ist für Österreich ein Erfolgsrezept

Dennoch ich bin stolz, dass Europa immer noch fasziniert. Vielleicht sogar nach Außen mehr als uns Innen oft wirklich bewusst ist. Wir sind immerhin für rund 1,5 Milliarden Menschen der bei weitem wichtigste Ansprechpartner, was Wirtschaft, Handel und Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Gerade Christdemokraten dürfen nie die internationale Dimension vergessen. Bei aller Verwurzelung in der Gemeinde, in der Heimat, in der Region, in der Nation, in Europa, die internationale Perspektive gehört dazu. Und daher müssen wir auch Fragen: „Was macht Europa stark und wie bleibt Europa auch in Zukunft stark?“

Damit sind wir bei der Globalisierung. Ich wundere mich wirklich, wie leicht es manchen Verführern oder Kritikern gelingt, die Globalisierung zum Schuldigen für alles und jedes zu machen. Für heimisches Versagen, für innerpolitische Probleme, für außenpolitische Alleingänge. Es ist immer die Globalisierung an allem Schuld. Doch gerade Österreich ist ein hervorragendes Beispiel, dass die Öffnung der Märkte und die Öffnung unserer Gesellschaft mental und wirtschaftlich ein absolutes Erfolgsrezept ist. Im Jahr 1989 hatten wir einen Exportanteil an unserer Volkswirtschaft von ungefähr einem Viertel. Heute liegen wir bei Exporten von Gütern und Dienstleistungen weit über 50 Prozent. Wer, wenn nicht wir, sind der Beweis dafür, dass diese Öffnung zum Wohl aller ist, sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Unternehmer. Zum Wohl der gesamten breiten Bevölkerung, der Jungen, der Pensionisten ganz genauso wie der Männer und Frauen. Das muss in unsere Herzen und Hirne hinein.

Weckruf in der Umwelt- und Energiepolitik wurde gehört

Wir müssen es aber richtig machen, auch das gehört deutlich und offen angesprochen. Wir haben das am Thema Energie gesehen. Der Weckruf am 1. Jänner, als die Russen die Gaslieferungen in die Ukraine und damit natürlich auch weiter zu uns, in der ersten Nacht um 30 Prozent, in der zweiten Nacht um 50 Prozent reduziert haben, hat uns aufgeweckt. Deshalb haben wir wenige Wochen später, beim EU-Gipfel im März, ein neues Energieprogramm für Europa beschlossen, das noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen wäre. Energiesparen steht dabei besonders im Vordergrund. Wenn wir es richtig machen, sind minus 20 Prozent des Verbrauchs möglich, ohne Nachteile für die Konsumenten: Steigerung der erneuerbaren Energie, Wasser, Biomasse, Pellets, alles was dazu gehört. Beimischung von Biodieseleinheiten bis zu 8 Prozent sind möglich. Wir haben uns sogar vorgenommen, hier noch weiterzugehen, technisch könnte man auf 10, 15 Prozent gehen, aber da muss die gesamte Europäische Union und die gesamte europäische Automobilindustrie mitwirken. Und wir brauchen Märkte, die gerade für die heimische Landwirtschaft ein ganz interessanter Zusatznutzen, eine echte Marktchance werden könnten. Bei diesem Thema zeigt sich, dass nur Europa agieren kann. Jedes

einzelne Land ist hier schlicht und einfach überfordert. Auch das größte, Deutschland, kann da nicht mehr allein agieren, nur mehr die Union gemeinsam.

Ein zweites Beispiel ist die Nahrung: Ich weiß nicht, ob Sie den Film „We feed the World“ gesehen haben. Das ist ein Dokumentarfilm, der derzeit weltweit unglaubliche Empörung auslöst. Gerade junge Menschen sehen das und konfrontieren uns immer wieder in Diskussionen damit. Die „Zeit“ hat in dieser Woche einen Leitartikel zu diesem Thema geschrieben. „Für billige Lebensmittel“ – ich zitiere die „Zeit“, „für billige Lebensmittel nehmen die Konsumenten alles in Kauf. Von der Tierquälerei bis zur Rodung der Urwälder“. Das ist wahr. Nach dem Krieg war die wichtigste Frage: „Gibt es etwas zu essen?“ Heute ist die Frage: „Was willst du essen?“ Und wir nehmen für fallende Preise fast alles in Kauf. Als ich maturiert habe, da hat man für ein Backhendl zwei Stunden arbeiten müssen, um den Gegenwert eines Huhns zu verdienen. Heute dauert das 10 Minuten. Wir wissen bis auf den Cent genau, wie viel ein Liter Superbenzin oder Diesel kostet.

Ich frage einmal: Wer weiß, wie viel ein 1/2 kg Schinken, 1 kg Wurst oder 1 kg Fleisch kostet? Da spielt der Preis überhaupt keine Rolle. Es muss billig, noch billiger, am billigsten sein. Wir wachen dann auf, wenn gerade wieder eine BSE-Kuh aufgefunden wird – übrigens Dank der hervorragenden Kontrolle in unserem System –, oder wenn die Vogelgrippe uns bedroht. Das scheucht uns kurzzeitig aus der Bequemlichkeit auf, doch dann fallen wir wieder sehr schnell in die übliche Bequemlichkeit zurück. Kosten darf es nichts, billig muss es sein, aber es muss perfekt kontrolliert sein. Vom Vornamen der Kuh bis zum letzten Outlet muss alles stimmen. Hervorragende Qualität und natürlich Kosten darf es nichts. Wir dürfen nicht naiv sein. Das heutige System der Versorgung unserer Bevölkerung hat Vorteile in der Hygiene, in der Dichte, in der Verfügbarkeit. Ich will nicht zurück, aber wir müssen uns sehr genau bewusst sein, was wir wollen und wir müssen den Menschen auch sagen was das ist: Was die Verbraucher nicht zahlen wollen, müssen die Unternehmungen bei der Produktion sparen. Das wirkt sich in der Qualität und in niedrigeren Standards aus. Nachhaltige Konzepte sind so nicht umsetzbar. Das muss man wissen.

Mittel für den ländlichen Raum gesichert

Das ist auch einer der Gründe warum die Volkspartei für die Bauern, für die Familienbetriebe, für den ländlichen Raum, für Bioproduktionen und für alternative Marktchancen eintritt und warum wir die Macht der Konsumenten auch immer wieder betonen. Setzt sie richtig ein für die richtige Qualität, dann wird das nicht zum Schaden für die Konsumenten und schon gar nicht zum Schaden für den sozialen Zusammenhalt. In diesem Sinn haben wir auch in der österreichischen EU-Präsidentschaft einige ganz wichtige Akzente gesetzt. Etwa beim ländlichen Raum: Andere Länder haben sich bei den Finanzverhandlungen darauf konzentriert, dass es möglichst billig sein muss, auch die Budgets. Andere haben wieder darauf geschaut, dass man nur für die Forschung, meistens für die große Forschung, viel Geld einsetzt. Wir haben darauf geachtet, dass die Mittel für den ländlichen Raum nicht gekürzt worden. Da sind wir das Vorbild für die gesamte Europäische Union geworden. Das Ergebnis ist: – Danke an Sepp Pröll, aber auch an Ursula Plassnik und Karl-Heinz Grasser - keinerlei Kürzungen für den ländlichen Raum, während die Finnen ein Viertel und die Süddeutschen zum Beispiel die Hälfte ihrer Förderungen verloren haben. Das ist ganz wichtig, nicht selbstverständlich und darauf können wir, liebe Freunde von der Volkspartei, wirklich stolz sein, dass wir das erkämpft haben.

Genauso ist es im Kampf gegen die Auswüchse der Gentechnik. Manche belächeln uns dafür. Aber wir wollen selber darüber entscheiden, wie wir unsere Möglichkeiten nützen wollen. Und da haben wir uns einiges einfallen lassen. Jetzt haben wir zwar vor dem Europäischen Gerichtshof verloren, daher wird die nächste Phase unserer Innovation, die Tätigkeit unserer kleinen grauen Zellen benötigt werden, damit wir es nicht so tun müssen, wie es bestimmte Kreise haben wollen. Wir werden uns anstrengen und Sepp Pröll hat auf diesem Weg jede Unterstützung von uns.

Österreichische Erfolge auf europäischer Ebene

Ganz am Beginn – ich glaub, es war zeitlich sogar der allererste Erfolg in der österreichischen EU-Präsidentschaft – setzten wir auf europäischer Ebene das Verbot der Treibhausgase durch. Das war ein ganz wichtiger Erfolg. Wir haben uns vorgenommen, in unserer Präsidentschaft in wenigen Wochen die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union zu beschließen. Wir haben durchgesetzt, - ich sage offen, dass ich nicht geglaubt habe, dass wir das noch zusammenbringen -, ein Verbot, dass Arbeitsplatzverlagerungen von einem Mitgliedsland in ein Anderes noch mit den Budgetmitteln des Strukturfonds der Europäischen Union gefördert werden. Das haben wir lange verlangt, jetzt ist es erreicht. Ein ganz wichtiger Erfolg. Ähnliches gilt für die Dienstleistungsrichtlinie, wo wir uns für den sehr vernünftigen Konsens im Parlament eingesetzt und auch im Europäischen Rat bekräftigt haben. Wir sagen weiterhin „Nein“ zu Atomkraftwerken. Wir wollen auch nicht, dass Milliarden in die Forschung für alte Technologien hineingehen. Aber ich sage genauso auch „Ja“ zur Erforschung der Fusionstechnologie. Denn eines muss uns klar sein: Wenn ich wegkommen will von dieser Geißel einer erhöhten Radioaktivität und der Nichtlösung der Lagerungsphase, dann muss ich in diesen Bereichen investieren. Die Umwelttechnologie kann ein riesiger Fortschritt sein.

Ein riesiger Vorteil. Allein in Österreich macht die Umweltwirtschaft bereits zwei Prozent unseres Volkseinkommens aus, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zwei Drittel unserer Produkte gehen in den Export. Wissen wirklich alle, dass vier von fünf, also 80 Prozent aller Heizkessel für Pellets, die in Deutschland montiert werden, in Österreich erzeugt werden? Weil wir als Einzige die Normen dafür haben, die Qualität, das Know-How, d.h. Umwelttechnologie kann ein unglaublicher Vorteil, ein absoluter Jobmotor sein.

Daher nicht naiv sein was Europa betrifft, entschlossen. Nicht draußen sein oder draußen bleiben, sondern mitten drin sein. Unsere Chance, unsere Rolle in der Europäischen Union, wahrnehmen. Nicht abwartend und kritisch, sondern optimistisch und zupackend. Liebe Freunde, Mutmacher nicht Miesmacher braucht Europa und da sind wir zur Stelle.

Integrationsprobleme nicht unter den Teppich kehren – Sprache ist Schlüssel zur Integration

Innenministerin Liese Prokop hat zu Recht einen wichtigen Teil ihrer Einleitungsrede dem Thema der Integration gewidmet. Wenn ich jetzt lange über die Globalisierung und über Europa geredet habe, dann ist die Integration nach Innen natürlich genauso wichtig. Wir sind ein kleines offenes Land. Wir haben ungefähr zehn Prozent Ausländer bei uns. Jeder Achte, der in Österreich lebt, ist nicht hier geboren. Rund eine Million Menschen haben hier eine neue Heimat gefunden. Das war und ist für Österreich ein riesiger Vorteil, auch eine Bereicherung. Ich sage das hier einmal ganz deutlich. Zugleich aber muss man wissen: Überall wo Menschen zusammenleben – vor allem dann, wenn sie einen

unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben, unterschiedliche Sprachkenntnisse, unterschiedliche Auffassungen von Familie, vom Zusammenleben – sind Probleme unvermeidlich. Diese Probleme darf man nicht unter den Teppich kehren.

Das wichtigste Aufstiegsmodell, die wichtigste Aufstiegsleiter in diesem Zusammenhang ist Bildung. Bildung ist aber nur dann möglich, wenn Sprachkompetenz da ist. Daher ist das Lernen der Sprache von größter Bedeutung – und das ist in unserem Fall eben österreichisches Deutsch mit einer gewissen melodischen Färbung, um die uns manche im Norden beneiden oder belächeln; aber wir sind stolz darauf. Und ich sage das daher sehr offen: Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Was sind wir nicht kritisiert dafür worden, dass wir von denen, die bei uns leben wollen, auch etwas verlangen. Aber es ist in ihrem eigenen Interesse, meine Damen und Herren.

Genauso verlangen wir – und dazu haben wir das Recht –, dass unsere Traditionen respektiert werden. Das gilt für die Freiheit der Religion, für die Sensibilität für Religionen. In meinem Fall, und wahrscheinlich bei den meisten hier in diesem Saal, sind das die christlichen Werte und Symbole. Genauso muss man freilich die anderen Religionen mit ihren Symbolen, mit ihren Sensitivitäten, ernst nehmen. Das Recht, dass unsere Traditionen respektiert werden, gilt aber nicht nur für die Freiheit der Religion, sondern auch für andere Traditionen. Bei uns ist eben die Gleichheit von Mann und Frau gelebtes Recht. Daran darf nicht gerüttelt werden, meine Damen und Herren! Dafür müssen wir die Garanten sein. Zwangsehen, Kinderverheiratungen, Beschneidungen von jungen Mädchen oder Ehrenmorde können in unserer modernen demokratischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert keinen Platz haben. Das muss beinhart verfolgt werden. Dabei gibt es null Toleranz! Ich sage das hier ruhig, aber deutlich.

Zuwanderer auch Vorbilder

Ich möchte mich aber auch bei den vielen, die nach Österreich gekommen sind und uns bereichert haben, bedanken. Sie sind Vorbilder in einem vielfachen Sinn geworden. Zu erwähnen ist da zum Beispiel ein gewisser Christoph Schönborn, heute Kardinal zu Wien, vertrieben 1945, zu uns gekommen und heute eine der ganz wichtigen Stimmen, nicht nur in Österreich, sondern in der gesamten christlichen Welt. Oder nehmen wir Klaus Josef Riedel, den ehemaligen Glaskönig von Böhmen, der in der Stunde Null im Jahr 1945 nach Österreich gekommen ist und hier mit zehnjähriger Pause in Kufstein wieder begonnen hat, und heute eine Weltfirma betreibt. Daniel Swarovski mit der gesamten Swarovski-Dynastie ist genau so ein Beispiel. Oder denken wir an Ioan Holender, dem mittlerweile längst dienenden Generaldirektor der Wiener Staatsoper; ein Rumäne, der aus politischen Gründen von der Universität verwiesen wurde, dann nach Österreich gekommen ist, zuerst einmal sein Studium als Tennistrainer und Sänger verdienen musste, und heute eine geachtete Stimme ist, nicht nur in Österreich, sondern weit darüber hinaus im gesamten Kunst- und Kulturbetrieb. Nehmen wir Boris Nemsic, geboren in Sarajewo, ein Bosnier, heute der erfolgreiche Chef der Telekom und Mobilkom Austria. Nehmen wir Attila Dogudan, in Istanbul geboren, ist heute ein erfolgreicher Gastronom, der die Formel 1 bekocht und sogar den traditionsreichen Demel übernommen hat. Denken wir an Mirna Jukic, dem Krieg am Balkan entkommen, ist heute Goldmedaillengewinnerin im Schwimmen. Nehmen wir Prof. Paul Lendvai, wenige Wochen nach der sowjetischen Niederschlagung des kurzen demokratischen Frühlings in Ungarn gerade noch entkommen, ist heute einer der meistgeachteten europäischen Kommentatoren.

Es sind viele zu uns gekommen, denen wir unendlich viel verdanken. Das zu sehen und anzuerkennen ist wichtig. Und es ist auch einmal an der Zeit, ihnen ein lautes Dankeschön zu sagen – Dankeschön dafür, was sie unserer Heimat gebracht haben. Sie haben uns bereichert.

Österreich profitiert von Zuwanderern, die den Willen zur Integration haben

Die Genannten sind natürlich Prominente. Doch es gibt tausende anonyme Pfleger und Pflegerinnen. Ich habe mir ausgerechnet: Ungefähr 20.000. Der ganze Tourismus würde zusammenbrechen, hätten wir nicht rund 30.000 Ausländer, die uns helfen, hier eine erstklassige Qualität zu halten. Wir haben tausende Künstler, die uns bereichern und den Ruf der Kunststadt Wien, oder Salzburg, ja ganz Österreich in die Welt hinaustragen. Wir haben Werkmeister, Techniker, Ausbilder in der Industrie. Wir haben hunderte Priester, Ordensleute und Nonnen. All ihnen danken wir.

Wichtig ist aber – und das ist jetzt der politische Schluss aus all dem: All diesen Vorbildern ist eines gemein. Sie haben und hatten den Willen zur Integration, sie haben und hatten die Begeisterung, auch die Sprache und die Kultur unserer Heimat ernst zu nehmen, anzunehmen, sich mit ihr auseinanderzusetzen und volle Loyalität zu dieser neuen Heimat zu zeigen.

Was wir nicht wollen, sehr geehrte Damen und Herren, und ich sage das auch sehr deutlich, ist, dass Österreich eine Plattform für Agitatoren wird, dass Österreich als Sprungbrett für dunkle Netzwerke missbraucht wird, oder dass man unter dem Deckmantel des heiligen Rechts des Asyls, des Flüchtlingswesens, der Aufnahme von Flüchtlingen, Strafgesetze missachtet und sich nicht an die Regeln hält. Das auseinander zuhalten, ist wichtig.

Positive Entwicklung des Bildungsbereichs

Und damit, wenn ich über Bildung als Aufstiegsleiter geredet habe, bin ich beim Thema Bildung. Und hier ist unglaublich viel passiert.

Gehen Sie einmal in eine durchschnittliche österreichische Hauptschule und sehen Sie sich einmal die Ausstattung dort an. Sehen Sie sich einmal an, was dort alles an Lehrmitteln, an Möglichkeiten für sportliche Betätigungen da ist. Das wäre zu unserer Zeit vollkommen unmöglich gewesen, ja das wäre paradiesisch gewesen, hätten wir so etwas als Junge gehabt.

Österreich war auch eines der ersten Länder, das jede Schule an die Internet-Community angeschlossen hat. Außerdem hat Österreich unglaublich viel in Schulbauten investiert. Seit Elisabeth Gehrler das Ressort führt, sind eineinhalb Milliarden Euro nur in Bauten von Schulen, Umgestaltungen und Sanierungen gegangen. Jedes Monat werden zwei Schulen saniert oder neu gebaut. Ein tolles Ergebnis, meine Damen und Herren.

Nehmen Sie die Erfolgsgeschichte der Fachhochschulen. Eine Idee von Erhard Busek, heute Wirklichkeit geworden. Seit 2000 eine Steigerung der Studierenden um mehr als das Doppelte.

Mit der Universitätsreform haben wir heute 25 Prozent mehr Studierende, die ein Studium beginnen und 20 Prozent mehr Absolventen. Da wage einer etwas an den Studienbeiträgen zu kritisieren. Ja, höchstens die Bummelstudenten, die gehören jetzt der Geschichte an – das war aber genau das, was wir auch haben wollten. Das Geld der Studiengebühren gehört den Universitäten und der Platz ist frei für die, die studieren wollen und auch studieren können, meine Damen und Herren.

Für Sozialbedürftige gibt es mehr Stipendien denn je. Für Leistungsvereinbarungen und Neubauten der Universitäten hat Liesl Gehrler gerade in diesen Monaten dem Finanzminister, der da nicht ganz leicht zu handhaben war, eine Milliarde Euro herausgerissen.

Das Institut für Science and Technology ist Wirklichkeit. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, da werden fünf- bis sechshundert Millionen Euro in dieses europäische Exzellenzinstitut hineinfließen und wir wollen dort die besten, die hellsten Köpfe aus der ganzen Welt ansiedeln.

Bildungspolitik schlecht reden, ist Orwell'sche Sprachkunst

Meine Damen und Herren, es ist geradezu eine Orwell'sche Sprachkunst, einen solchen Erfolg in der Bildungspolitik umzudrehen, von jenen, die in der Vergangenheit in Wahrheit alles getan haben, dass Bildung und Leistung abqualifiziert wird. Und das nehmen wir nicht hin. Diejenigen, die gegen jede Leistungsbewertung aufgetreten sind, die Noten abschaffen wollten, die das Aufsteigen für Jedermann erleichtern wollten, die gegen Autorität eingestellt sind, die Verhaltensvereinbarungen an den Schulen infrage gestellt haben, die gegen Leistung, ja gegen den Begriff „Elite“ polemisieren, die kein differenziertes Schulwesen haben wollen, die sollen uns lehren, uns zeigen, wie man ein modernes Bildungswesen aufbauen soll?

Ich weiß schon, dass manchmal geschrieben wird, Skandinavien sei das bildungspolitische Paradies. Eine kleine Gegenfrage: Warum soll ich das österreichische Bildungssystem an Länder anpassen, deren Jugendarbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie in Österreich? Ich verstehe das einfach nicht.

Ziel unserer Bildungspolitik: Erstklassige Chancen für Jugend

Denn eines sei von dieser Stelle schon gesagt: Das Ziel des österreichischen Bildungssystems ist es nicht, irgendwann einmal Testsieger zu sein, sondern unseren Jugendlichen erstklassige Chancen in die Hand zu geben, dass sie Jobs finden, dass sie sich im Leben bewähren, dass sie sich zurecht finden, dass sie Wertmaßstäbe haben, die es ihnen ermöglichen, ein gutes, erfülltes und richtiges Leben zu führen. Das ist mir wichtig, das ist unser eigentliches Bildungskonzept.

Liebe Freunde, das Problem liegt ganz wo anders, nicht bei der Organisation. Die Organisation macht vielleicht 10, 15 Prozent des Erfolgs eines Bildungssystems aus, auch in Wirtschaft ist es so. 80 Prozent hängen von den Menschen, von der Motivation der Lehrer, von der Einstellung derer, die etwas weitergeben sollen, ab. Es hängt ab von der Unterstützung von zu Hause und auch von der Bereitschaft der Schüler, etwas lernen zu wollen. Und ich sage auch ganz offen dazu: Nicht in der Tagesbetreuung allein liegt die Lösung. Den Kritikern sei allerdings gesagt: Während der Zeit von Elisabeth Gehrler haben wir die Tagesbetreuungsplätze in fünf Jahren von 40.000 auf 67.000 angehoben. Liebe Freunde, das ist ein Erfolgsnachweis, der sich durchaus sehen lassen kann.

Das wirkliche Problem ist, wenn früher ein Kind einen Fünfer heimgebracht hat, dann hat der Schüler ein Problem gehabt. Wenn heute ein Schüler schlechte Noten heimbringt, dann hat der Lehrer ein Problem. Das ist nicht fair, das ist nicht gerecht, das ist nicht in Ordnung. Das Wort eines Lehrers oder einer Lehrerin muss wieder etwas gelten, auch zu Hause bei den Eltern.

Wenn wir es ernst meinen mit dem Rohstoff Bildung für Österreichs Zukunft, dann müssen wir auch den Lehrern und Lehrerinnen wiederum die Instrumente in die Hand geben, dass sie das auch erbringen können, was wir als Gesellschaft von ihnen erwarten. Daher, liebe Liesl, hast du von meiner Seite aus jede Unterstützung. Du merkst es auch an der Reaktion des Publikums: Das ist nicht gestellt, das ist wirklich spontan, so fühlen die Menschen. Lass dich nicht irritieren, was geschrieben, manchmal von der Opposition gesagt wird. Das ist, wie die überwältigende Mehrheit der Lehrerinnen, der Lehrer, der Eltern, auch der Schüler denken und halte dich daran, du hast jede Unterstützung von uns.

Soviel Arbeitsplätze wie noch nie

Meine Damen und Herren! Es ist klar, ein zentrales Thema in diesen Zeiten ist natürlich die Arbeit. Um das dreht sich alles. Schon in den Enzykliken der katholischen Kirche bis herauf in die moderne Zeit wird immer dem Wert der menschlichen Arbeit und der Leistung größtmögliche Aufmerksamkeit geschenkt. Arbeit ist ein Recht des Menschen. Es ist auch eine Notwendigkeit, eine Pflicht des Menschen, Arbeit zu suchen. Und ich glaube, dass wir hier nicht schlecht aufgestellt sind. Wir haben heute 3,25 Millionen Arbeitsplätze, so viel hat es noch nie in der österreichischen Geschichte gegeben.

Wir haben ein gewaltiges Qualifizierungsprogramm, das jetzt für die noch immer zu hohe Zahl an Arbeitslosen läuft. Wir fordern sie, um sie auch fördern zu können, damit der Wiedereinstieg in die Arbeit leichter wird. Und wir haben uns auch zum Ziel gesetzt, bis 2010 noch einmal 200.000 Arbeitsplätze durch geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. In allen Bundesländern, das freut mich am meisten, geht die Zahl der Arbeitslosen mittlerweile zurück, selbst in Wien – ein Wunder. Das alles ist sehr, sehr positiv, das macht Mut, liebe Freunde.

Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze schaffen

Kein Politiker, auch ich nicht, kann Ihnen auch nur annähernd den Anschein vermitteln, wir könnten Arbeitsplätze schaffen. Das wäre ja lächerlich. Aber wir können Rahmenbedingungen setzen und wir müssen dies auch tun.

Die Steuerreform zum Beispiel. Ich erkläre es der Opposition gerne noch einmal, wenn sie es noch immer nicht begreift: Der 25-Prozent-Körperschaftssteuersatz war ein Golden-Nugget in der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Wir haben uns damit europaweit einen Namen gemacht. In Deutschland schaut man geradezu lüstern auf das österreichische Modell. Wie machen das die Ösis? Bei der Senkung der Körperschaftsteuer dagegen zustimmen, wie es die SPÖ gemacht hat, verstehe ich bis heute nicht.

Die Gruppenbesteuerung infrage zu stellen, die ja den Standort Österreich als Sitz für Holdings für ganz Mittel- oder Südosteuropa attraktiv gemacht hat, versteht kein denkender Mensch. Wollen wir oder wollen wir nicht? Wollen wir eine zentrale Rolle in Mitteleuropa spielen, dann muss man zu diesen Errungenschaften ja sagen, liebe Freunde, und sie nicht infrage stellen.

Und dann noch der Mittelstandbonus, den Christoph Leitl und sein Team uns jetzt am Schluss noch herausgerissen haben. Mit dem Christoph ist es ja so eine Sache. Er ist leider Gottes so fantasiebegabt, dass ihm ununterbrochen etwas Neues einfällt. Wenn ich zehn Ideen habe, sind vielleicht drei wirklich gut, drei brauchbar und über den Rest reden

wir später einmal. Beim Christoph ist es so: Wenn er zehn Ideen hat, sind wahrscheinlich acht sehr gut bis gut, sie kosten nur leider Gottes etwas. Und er hat eine Hartnäckigkeit, er gibt einfach nicht nach. Der Mittelstandsbonus ist ein ganz wichtiger Schritt, dass sich jetzt vor allem die kleinen und mittleren Betriebe ihrer Verantwortung bewusst sein müssen, dass sie mit diesem Mittelstandsbonus der eigentliche Jobmotor sein können. Das ist entscheidend und da vertraue ich auf dich, lieber Christoph.

Zeit der Ernte in der Infrastruktur

Neben der Steuerpolitik ist das zweite wichtige Ass im Ärmel die Infrastruktur. Dabei muss man all jenen, denen nichts genug, sagen: Schaut, lest und verbreitet richtige Fakten! Seit wir zum Beispiel die Asfinag zu einem Unternehmen zusammengefasst haben – übrigens Danke den Ländern, das war kein leichter Schritt –, haben wir das jährliche Bauvolumen verdreifacht. Es ist jetzt wirklich Zeit der Ernte in diesem Bereich. Die Pyhrnautobahn ist fertig, die Südbahn saniert. Wir haben jetzt in allen Tunneln ein Sicherheitsprogramm in Milliardenhöhe laufen. Wir haben die Ausbaustufen Richtung Osten und Norden in Fertigplanung und wir haben vorige Woche die Südrandumfahrungsstraße um Wien gebaut. Das alles sind riesige Projekte.

Im Bahnbereich haben wir die Investitionen verdoppelt. Ich war selber mit Sepp Pühringer am 1. Mai – ganz bewusst keine Massenveranstaltung – bei denen, die arbeiten. Und ich habe mir diese großartigen Bauten angeschaut.

Aber nicht nur in Oberösterreich auch in Innsbruck, Graz und Klagenfurt kommen riesige Projekte, und drei neue Bahnhöfe werden in den nächsten Jahren in Wien fertig gestellt.

Freunde, das hat es in dieser Form noch nie gegeben. Jeder der jetzt sagt: Bei der Infrastruktur soll was geschehen, dem können wir sagen: Bitte einmal schauen, was schon geschieht, und nicht einfach die Welt neu erfinden. Dieses Rad ist bereits montiert, das braucht nicht erst neu erfunden zu werden.

Wer nicht wirtschaften kann, gefährdet Arbeitsplätze

Meine Damen und Herren! Wer nicht wirtschaften kann, kann auch keine Arbeitsplätze schaffen. Das ist eine Binsenweisheit, aber es ist wahr. Und die Beispiele dafür, von der Vergangenheit bis heute, sind gut bekannt. Konsum, Verstaatliche, bis herauf in die jüngste Zeit. Wer nicht wirtschaften kann, gefährdet Arbeitsplätze.

„Neoliberalismus, Abzockerei, Heuschreckenkapitalismus“. Alle diese Wörter sind ja aus dem Wörterbuch der Unwörter genommen. Nur wer ist jetzt eigentlich genau mit diesen Inhalten in Verbindung zu bringen? Wir? Ich glaube nicht.

Und wenn Sie jetzt sehen, wie die Verantwortungsfrage – ich rede nicht von der Schuldfrage! – wie eine heiße Kartoffel weitergereicht wird, ist das schon bemerkenswert. Wenn Herr Elsner fragt: Wo soll ich denn wohnen? Gerade zurückgekehrt aus Südfrankreich, gut gebräunt. Im Container vielleicht? Arbeiterkammerpräsident Tumpel ist abgetaucht, Verzetnitsch zurückgetreten. Plötzlich will die SPÖ nie das Wort BAWAG gehört haben und nie etwas mit dem ÖGB zu tun gehabt haben.

Oder jetzt lese ich, dass der ÖGB nicht für die Verluste, die in den USA gemacht wurden, haften will. Gut, aber wer soll dann dafür haften? Darf ich diese Frage aufwerfen? Das hätte man noch zum Zeitpunkt rechtfertigen können, als Refco und Bennet ferne

Heuschrecken weit über dem Ozean gewesen sind. Wenn man jetzt aber feststellt, dass ein Gutteil der Anteile von Refco der BAWAG gehört haben, manche sagen sogar ein Drittel, vielleicht sogar schon knapp an die Hälfte, dann zählt das nicht mehr.

Ja zur Rettung der BAWAG

Daher stehe ich zu unserer Linie, die auch nicht immer einfach zu argumentieren war und ist. Ja, zu einer begrenzten, limitierten und zeitlich befristeten Hilfe, einer Garantie durch die Republik Österreich in der Höhe von maximal 900 Millionen Euro. Das heißt immer auch, Garantie durch die österreichischen Steuerzahler. Wenn damit die 6.000 Arbeitsplätze der BAWAG-P.S.K.-Bediensteten und die Einlagengelder und Kredite der 1,3 Millionen Kunden bestmöglich abgesichert werden können. Das ist das unser Ziel, und zu dem stehen wir.

Ich sage ja, wenn auch die Finanzwirtschaft Österreichs einen eigenständigen Beitrag von etwa 450 Millionen Euro zur Stabilisierung der BAWAG leistet. Ja, wenn damit eine Eigentümerstruktur fernab von Ideologie und Politik geschaffen werden kann. Ja, wenn damit die Sozialpartnerschaft, die für Österreich unendlich wichtig ist, bewahrt werden kann und ja, wenn damit auch volle, rückhaltslose Aufklärung der Vorkommnisse verbunden ist. Dazu stehe ich, und dazu stehe ich hoffentlich auch mit Ihrer Zustimmung.

Positive Sozialbilanz

Liebe Freunde, Österreich steht heute sehr gut da, viel besser. Wir waren vor sechs Jahren Vorletzter, gerade die Portugiesen haben wir noch hinter uns gehabt und haben deren heißen Atem schon gespürt. Heute sind wir unter den besten drei in der Europäischen Union. Die Löhne sind in diesen Jahren immerhin um 14 Prozent gestiegen, die Pensionen um 13 Prozent, für die Ausgleichszulagenrentner gab es eine Steigerung um 17 Prozent, für die Familienausgleichszulage eine Steigerung von 30 Prozent. Also in der Sozialpolitik brauchen wir uns von niemanden belehren lassen. Sozial ist, was Arbeit schafft. Sozial ist der, der sich um die Rahmenbedingungen kümmert.

Wir stehen heute auch in der Familienpolitik besser da. Mehr als doppelt so viele Kindergeldbezieher als Karenzgeldbezieher vor dem Jahr 2000. Es ist interessanter Weise auch die Erwerbstätigkeit gestiegen, was ja immer wieder bestritten wird. Ich habe mir die Zahlen angeschaut: vor 2000 waren 12 Prozent unter der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt und 13 Prozent darüber. Heute sind zehn Prozent unter der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt, von denen die Kindergeld kriegen, und 49 Prozent sind über der Geringfügigkeitsgrenze.

Liebe Freunde, wir haben heute mit einer Frauenerwerbsquote von 61 Prozent Finnland, Schweden und Dänemark abgehängt. Das heißt Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist richtig, es ist die Teilzeitarbeit auch deutlicher angestiegen, aber das entspricht ja genau dem Wunsch der jungen Familien. Die unfreiwillige Teilzeit wird bei uns aufgrund einer Studie mit etwa acht Prozent der Frauen angegeben. Das ist weit unter dem EU-Schnitt, weit unter Frankreich, weit unter den skandinavischen Ländern. Der Väteranteil hat sich verdoppelt, die Zufriedenheit mit dem Kindergeldmodell liegt bei 75 Prozent. Nicht schlecht.

Ich erwarte nicht eine 75-prozentige Zustimmung bei der Wahl, aber ich weiß, dass wir mit dieser Zustimmung sehr aufrecht und gelassen in eine Wahlauseinandersetzung gehen können.

Ein Wort zu den Pensionisten, weil Andreas Khol direkt in meinem Blickfeld ist. Wir haben das Pensionsantrittsalter erhöht, das stimmt. In der Realität um zwei Jahre innerhalb von fünf Jahren. Das faktische Pensionsantrittsalter bei der Alterspension hat sich um zwei Jahre erhöht. Wir haben 80.000 Frühpensionisten weniger als damals. Die Linie, die wir verfolgt haben, hat sich 100-prozentig bewährt. Damit sind die Pensionen gesichert, sie werden wertmäßig erhöht.

Und das alles, während in Deutschland nach sieben Jahren Rot-Grün jetzt über die Rente mit 67 diskutiert wird und es sieben Jahre lang überhaupt keine Anpassung der Pensionen gegeben hat. Der Vergleich macht sicher, liebe Freunde.

Die Behindertenmilliarde hat bisher 17.000 Arbeitsplätze für behinderte Menschen geschaffen. Das soll auch nicht unerwähnt bleiben. Auch ein Dankeschön an Herbert Haupt, der das durchgekämpft hat.

Wir haben seltene Krankheiten in das Zentrum unseres Kampfes für die Gesundheit gerückt. Maria Rauch-Kallat und Elisabeth Gehrler haben mir dabei geholfen. Die MPS-Kinder, die Schmetterlingskinder. Auf europäischer Ebene laufen hier die Programme an. Kleine Gruppen, das weiß ich, 100, 200, 300 erkrankte Kinder – schreckliche individuelle Schicksale stehen dahinter, und es ist mir wichtig, dass man nicht nur über die makroökonomischen Zusammenhänge redet, sondern spürbar macht, dass auch das Schicksal jedes einzelnen Kindes, jedes einzelnen Menschen, genauso wichtig ist, wie die großen wirtschaftspolitischen Zahlen, die ich auch manchmal ganz gerne erwähne.

Garanten, dass Österreich sicher bleibt

Über Sicherheit hat unsere Liese Prokop schon gesprochen, deshalb ein paar Worte von mir in aller Kürze. Liese Prokop ist der Garant, nach Ernst Strasser, dass Österreich sicher ist und sicher bleibt. Ganz wichtig, dass man sich da verlassen kann. Und das ist in allen Bereichen spürbar.

Die Zahl der Verkehrstoten ist in wenigen Jahren von 1.100 auf rund 700 zurückgegangen. Überlegen Sie sich, was das heißt: das ist ein kleines Dorf jedes Jahr. Das ist ein kleines Dorf, das jedes Jahr am Leben bleibt.

Denkt daran, dass die Sicherheitsreform, das Zusammenlegen von Polizei und Gendarmerie, schwer erkämpft wurde. Hier waren viele unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Was dazu geführt hat, dass wir heute 700 Polizisten mehr im Einsatz auf der Straße haben.

Die Videoüberwachung, gegen die manche Sturm gelaufen sind, ist ein großer Erfolg. Alleine die Zahl der Autoeinbrüche am Parkplatz der Shoppingcity Süd ist um 70 Prozent zurückgegangen. Was das mit Datenschutz zu tun hat, dass man einen Dieb schützen will, weiß ich nicht. Das sind absolut sinnvolle Dinge, die hier geschehen sind.

Schutzzonen rund um die Schulen wurden geschaffen, damit die Drogendealer nicht so leicht an die Kinder und Jugendlichen herankommen können. Von allen Kritikern der Opposition wurde versucht, das herunter zu machen. Wir haben bisher fast 200 Wegweisungen durchgeführt. Das muss man schon dazu sagen. Und gerade, wenn heute in der „Schickimicki-Gesellschaft“ über solche Fragen diskutiert wird, betone ich: Nulltoleranz! Toleranz gegenüber den Jugendlichen, die verführt werden, aber

Nulltoleranz gegenüber den Erwachsenen. Nulltoleranz gegenüber denen, die mit Drogen handeln, Nulltoleranz gegenüber den Netzwerken. Das sei hier auch einmal gesagt.

Auch die Bundesheerreform wurde umgesetzt – das neue Bundesheer steht. Sechs Monate Grundwehrdienst wurden umgesetzt. Das, was Kreisky versprach, hat Günter Plattner gehalten. Und noch dazu wurde auch die internationale Präsenz des Bundesheeres erhöht.

Privatisierung und Wirtschaft auf dem richtigen Weg

Zu den Privatisierungen dieser Bundesregierung – ihr kennt die Fakten: 6 Milliarden Euro Schulden wurden zurückgezahlt. Die Post geht jetzt gerade an die Börse. Die Börse Wien boomt: Viermal soviel Kapital, von 30 auf 120 Milliarden aufgestockt, die Kurse sind positiv explodiert.

Die Leistungsbilanz betrug 1999 minus 6 Milliarden Euro Defizit, heute haben wir einen Überschuss. Die Exporte wurden von 60 auf 100 Milliarden im heurigen Jahr gesteigert. Überlegt was da dahinter steckt. Es ist nicht leicht hingesagt und ich bin keiner der jetzt mit Bilanzen prunken will, aber dieser Erfolgsweg muss weitergeführt werden.

Österreich ist auf einem guten Weg

Die SPÖ plakatiert jetzt Sackgasse – das ist wahrscheinlich unter dem Stichwort „positive-campaigning“ zu sehen. Nur, ihr wisst eh wie das ist: Ein Finger zeigt hin, drei Finger weisen auf den, der zeigt, zurück. Es könnte auf sie zurückfallen, dass man Sackgasse ganz anders interpretiert.

Ich glaube, Österreich ist auf einem guten Weg. Wir sind auf der Überholspur. Und damit wir nicht zurückfallen auf den Pannestreifen, dafür müsst ihr im Herbst, bei der Wahl, sorgen.